

09.02.2012: Beratung Haushalt 2012
Haushaltsrede zum Einzelplan 09 (Sozialetat)

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Wir Sozialdemokraten wollen ein **soziales und solidarisches Baden-Württemberg**. Wir wollen ein **soziales Fundament**, das tragfähig ist und die Bürgergesellschaft, die darauf gründet, zusammenhält.

An der Tragkraft dieses Fundamentes arbeiten viele mit – Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften und nicht zuletzt eine Vielzahl ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger. Den vielen Frauen und Männern, die sich haupt- oder ehrenamtlich im sozialen Bereich engagieren, **danken wir** sehr.

Politisch gilt es die **Rahmenbedingungen** schaffen und die erforderlichen **Ressourcen** zur Verfügung stellen, damit dieses Fundament auch in Zukunft tragfähig bleibt.

Der **Einzelplan 09** trägt dieser Aufgabenstellung Rechnung – auch wenn er mit einem Gesamtvolumen von 1,225 Milliarden € nur einen bescheidenen Anteil von **3,2% der gesamten Landesausgaben** beinhaltet.

Das Sozialministerium hat zu erforderlichen **Einsparmaßnahmen** und Ressortkürzungen im Umfang von 11 Mio € beigetragen und muss in 2012 eine **Globale Minderausgabe** in Höhe von rd. 3,6 Mio € erwirtschaften.

Das ist nicht vergnüglich! Umso mehr begrüßen wir es, dass unter dem Vorzeichen begrenzter finanzieller Spielräume dennoch **politische Schwerpunkte** markiert werden können und eine ganze Reihe von **Vorhaben des Koalitionsvertrags** bereits im ersten Jahr nach dem Regierungswechsel in die Tat umgesetzt werden können.

Wir legen einen **Schwerpunkt auf** seit Jahren fällige **Verbesserungen der Finanzierung** z.B. bei den **Krankenhausinvestitionen**: Nach einem 50 Mio € schweren ersten Aufschlag im Nachtragshaushalt 2011 setzen wir auch in 2012 zusätzlich 45 Mio € fest, die im Krankenhausbau dringend gebraucht werden. Damit gehen wir einen ersten Schritt, um den **enormen Investitionsstau**, den schwarz-gelb über Jahre hinweg aufgebaut hat, etwas abzubauen. Hier werden in den nächsten Jahren aber noch **erhebliche Anstrengungen** auf uns zukommen.

Das Sozialministerium leistet mit **15 Mio € für die Jugendsozialarbeit an Schulen** seinen Beitrag zum Pakt für Kinder und Familien mit den Kommunen. Dies ist ein wichtiger Beitrag aus dem Sozialetat für mehr **Chancengerechtigkeit** im Bildungssystem. Schulsozialarbeit wird damit gestärkt – sie ist ja längst anerkannter Bestandteil des Schulsystems.

Ein Wort in Richtung der **CDU** zum Pakt mit den Kommunen: **SPD und Grüne sind verlässlich, wenn es um Vereinbarungen geht!** Wir haben **zugesagt**, dass wir für die Schulsozialarbeit 15 Mio € zur Verfügung stellen. Und wenn wir 15 Mio sagen, dann meinen wir nicht 13,8 Mio oder 14 Mio, wie Sie es im neuen Änderungsantrag fordern!

Deshalb ist ihr Antrag, die Zuweisung um 1,2 Mio € zu kürzen, nicht nur ein **phantasieloser Vorschlag**, um die erforderlichen Deckungsmittel für allerhand Finanzanträge zu ergattern. Nein - dieser Kürzungsantrag ist ein **böswilliger Angriff** auf eine abgeschlossene Vereinbarung und damit auf die Städte und Gemeinden im Land. Mit einer so **kommunalfeindlichen Politik** werden sie sich keine Freunde schaffen!

Vor besondere Herausforderungen stellt uns in den kommenden Jahren die **Demografie**. Gott sei Dank, dürfen wir alle immer älter werden, viele Jahre hoffentlich bei guter Gesundheit, im hohen Alter aber zunehmend auch in Situationen vorübergehender oder dauerhafter Pflegebedürftigkeit.

Wir sind froh, dass unsere Sozialministerin dem Thema „Gesundheit und Pflege“ eine hohe Aufmerksamkeit schenkt. Das ist ihr nicht nur ein **Herzensanliegen** - Maßnahmen im Vor- und Umfeld der Pflege und zur Verbesserung der Pflegedienstleistungen sind ihr einige Finanzmittel wert. Wir begrüßen es, dass 800.000 € mehr für die Unterstützung von Demenzkranken veranschlagt sind: das ist ein deutliches Signal, um den Auf- und Ausbau neuer Betreuungsangebote für demenzkranke Menschen zu erleichtern.

Wir unterstützen die Frau Ministerin ausdrücklich in ihrem Vorhaben, die **Attraktivität der Pflege und der Pflegeberufe zu verbessern**. Es muss darum gehen,

- a) Mehr junge Menschen – gerade auch junge Männer - für eine Pflegeausbildung zu **motivieren**; die akademische Pflegeausbildung in Freiburg wird dazu einen Beitrag leisten, und
- b) Die Pflegeberufe insgesamt attraktiver zu machen: hier geht es um die **Rahmenbedingungen der Arbeit** und ganz klar, natürlich auch um eine **angemessene Vergütung**.

Einen deutlichen **Haushaltsakzent** in Höhe von 5 Mio € setzt der Einzelplan 09 mit dem **Konzept „Gute und sichere Arbeit“**. Das für die Arbeitsmarktpolitik zuständige Ministerium steigt nach jahrelanger Abstinenz endlich wieder in dieses Handlungsfeld ein. Unsere Ministerin haucht der **Arbeitsmarktpolitik des Landes** neuen Atem ein.

Mit dem für die Größe der Aufgabe bescheidenen Landesanteil von 5 Mio € können wir **zwei wichtigen Anliegen** Rechnung tragen:

1. Wir stellen eine sachgerechte **Kofinanzierung für die Mittel des Landes aus dem Europäischen Sozialfonds** zur Verfügung und tragen dazu bei, dass die Fördermittel ordnungsgemäß abgerufen werden können und
2. Mit dann insgesamt 10 Mio € setzen wir **arbeitsmarktpolitische Impulse**, die sich sehen lassen können, und die von vielen Arbeitsmarkt- und Sozialpartnern **sehnlichst erwartet** wurden.

- Wir fördern die **Ausbildung für Benachteiligte** mit dem bewährten Instrument der assistierten Ausbildung.
- Wir sichern die **Nachhaltigkeit der erfolgten Integration von Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt**
- Und als zentrales Element rot-grüner Arbeitsmarktpolitik machen wir die **modellhafte Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarktes** möglich. Dies wäre eigentlich Aufgabe des **Bundesgesetzgebers**. Bis dieser Einsicht zeigt – wir nehmen an, dass dies erst nach der Bundestagswahl und dem Regierungswechsel im nächsten Jahr der Fall sein wird - wollen wir in Baden-Württemberg Modelle entwickeln. Die Landesregierung wird gemeinsam mit der Regionaldirektion, den Jobcentern und Sozialbetrieben den Passiv-Aktiv-Transfer erproben.

Mit dem **Konzept „Gute und Sichere Arbeit“** – einschließlich unserer Initiativen zum **Mindestlohn** oder zum **Tariftreugesetz** – schaffen wir eine intelligente **Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik**.

Wir sorgen dafür, dass mehr benachteiligte junge Menschen eine Ausbildung machen können – keiner soll verloren gehen.

Wir sorgen dafür, dass auch arbeitsmarktferne Personen den Anschluss an Beschäftigung und Arbeitsmarkt nicht verlieren.

Mit Blick auf den **wachsenden Fachkräftebedarf** ist dies ein Gebot der Stunde.

Vor diesem Hintergrund – vielleicht zeigt auch die gestrige Debatte zum Thema eine gewisse Wirkung - ist es erfreulich, dass die FDP/DVP ihren Antrag auf Streichung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente nicht aufrecht hält. Dafür danken wir Ihnen.

Nun noch einige Anmerkungen zu unsren Anträgen: Mit den **Änderungsanträgen von SPD und Grünen** gelingt es uns, über Jahre angestaute Finanzierungslücken zu verringern und noch einige zusätzliche sozialpolitische Akzente zu setzen.

Der zunehmenden Bedeutung der **Inklusion** tragen wir nicht nur mit dem **Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen** Rechnung, sondern auch mit zusätzlichen Finanzmitteln, z.B. Kosten für Gebärdendolmetscher, Kunstpreis oder einem neuen Haushaltstitel mit 240.000 € für verschiedene Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

In vorausgegangenen Haushaltsberatungen hat die SPD immer wieder den Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres gefordert. Deshalb tun wir gut daran, im Jahr 2012 - gerade mit Blick auf den doppelten Abi-Jahrgang - zusätzlich 300 Plätze zu fördern.

Meine Vorgängerin im Amt, die **Ulla Haußmann** hat beharrlich und konsequent für eine verbesserte Mittelausstattung der **Aids-Hilfe** gekämpft, leider ohne Erfolg. Seit 1995 wurden die Zuschüsse nicht mehr angepasst. Ulla wird sich freuen, wenn die neue Mehrheit in diesem Saal heute die Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids um 30.000 € aufstockt.

Gleiches gilt für die dringend erforderlichen Mittelanpassungen für den **Kinderschutzbund** oder für den **Fonds für Opfer von Menschenhandel**. Hier setzen wir Zeichen für die Schwächsten der Schwachen und **lindern die Not, dort wo sie am größten ist**.

Frauenpolitische Vorkämpferinnen in unserer Fraktion haben sich unermüdlich eingesetzt für eine bessere Frauen- und Gleichstellungspolitik. Eine solche braucht auch angemessene Strukturen. Deshalb werden wir die Fördermittel für den Landesfrauenrat und für die LAG Mädchenpolitik um 18.000 bzw. 10.000 € erhöhen.

Mit Blick auf die **Krankenhausinvestitionen** habe ich meine Rede begonnen – mit dem Thema **Gesundheit** möchte ich auch zu Ende kommen. Kollege Lucha ist schon eingegangen auf die **Rücknahme** schwarz-gelber Kahlschlagpolitik bei der Förderung der **Sozialpsychiatrischen Dienste**. Mit einem neuen **Landespsychiatriegesetz** werden wir Zuständigkeiten und Mittelströme in der psychiatrischen Versorgung neu definieren und verbessern.

Bei der Umsetzung einer grün-roten Gesundheitsstrategie ist der **Gesundheitsdialog ein Schlüsselbegriff**. Mit den Akteuren im Gesundheitsbereich werden wir gemeinsam Bedarf und Planung einer modernen und zukunftssicheren Gesundheitsversorgung – stationär und ambulant und alles was dazwischen an verbesserter Vernetzung denkbar ist – erörtern. Für diesen Dialog stellen wir seitens der Regierungsfractionen **zusätzlich 240.000 €** zur Verfügung.

Gesundheit und soziale Sicherheit für alle Menschen in Baden- Württemberg – unabhängig von der Dicke des Geldbeutels und der Bankdepots - sind uns Sozialdemokraten ein wichtiges Anliegen. Dafür stehen wir und dafür bietet der Einzelplan 09 eine ordentliche Basis.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, die an der Planerstellung beteiligt waren; stellvertretend geht unser Dank heute an unsere Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Katrin Altpeter.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.